

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

„Bedeutendes Maßnahmenpaket für Nordafrika“ Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum G-8-Gipfel in Deauville

Die Entwicklung in Nordafrika und im Nahen Osten, die Sicherheit der Kernenergie sowie die Lage der Weltwirtschaft: Dies waren die zentralen Themen des G-8-Gipfels 2011 in Deauville. Unmittelbar vor ihrer Reise zu den jährlichen Gesprächen in den nordfranzösischen Badeort gab Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab und erläuterte die deutsche Position.

Angesichts der politischen Umwälzungen in Nordafrika kündigte die Bundeskanzlerin den Ländern konkrete und schnelle Hilfe an. Die ersten politischen Erfolge dürften nicht durch wirtschaftliche Instabilität gefährdet werden, betonte sie. Die Hilfe solle schnell in Gang kommen, „denn Zeit zählt in dieser Region“.

Merkel nannte es eine „historische europäische Verpflichtung“, den Menschen, die in Nordafrika und Teilen der arabischen Welt für Freiheit und Menschenrechte auf die Straße gehen, zur Seite zu stehen. Die Entwicklungen seien für alle „eine historische Chance“.

Zu den drängendsten Herausforderungen gehörten die Arbeitslosigkeit und die wenig entwickelten Aus-

bildungsstrukturen. Daher solle eine „Partnerschaft für Beschäftigung“ geschlossen werden. Deutschland und die deutsche Wirtschaft sollten sich in Ägypten vor allem in der Berufsausbildung engagieren und für 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen.

Tunesien versprach die Kanzlerin Unterstützung bei der Qualifizierung und Vermittlung von Akademikern und dem Aufbau eines Sektors kleinerer und mittlerer Unternehmen. Diese Programme könnten durch eine vierjährige Schuldenwandlung in Höhe von 300 Millionen Euro finanziert werden.

Zur Unterstützung des demokratischen Wandels werde die Bundesregierung darüber hinaus noch in diesem Jahr 30 Millionen Euro einsetzen. In den nächsten Jahren sollen 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden, kündigte Merkel an. Mit den Spitzen von IWF und Weltbank werde auf dem G-8-Gipfel in Deauville darüber gesprochen, wie man ein „bedeutendes und wirkungsvolles Maßnahmenpaket schnüren“ könne.

Auch für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gebe es in Tunesien und Ägypten Ansatzpunkte für Hilfe.

Hintergrund: Die Gruppe der 8 (G8) ist ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs aus acht Industrieländern. Sie ist – wie die G20 – keine internationale Organisation, sie besitzt weder einen eigenen Verwaltungsapparat noch eine permanente Vertretung ihrer Mitglieder. Auf Grund der informellen Strukturen spielt die jeweilige G8-Präsidentschaft eine besonders wichtige Rolle, in ihren Händen liegen die Organisation sowie die Agenda des Gipfels. 2011 hat Frankreich sowohl die G8- als auch die G20-Präsidentschaft inne. Die französische Präsidentschaft hat einen kompakten Gipfelverlauf vorgesehen, bei dem am zweiten Gipfeltag der traditionelle „Outreach“ stattfindet. Hierbei tritt die Gruppe der Acht in einen Dialog mit wichtigen Partnern ein, die die Präsidentschaft eingeladen hat.

Dieses Jahr fanden Gespräche mit Partnern aus Nordafrika und dem südlichen Afrika statt. So nahmen etwa die Premierminister aus Ägypten und Tunesien teil. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Unterstützung Deutschlands der ägyptischen und tunesischen Reformbestrebungen nachdrücklich.



Insbesondere in Tunesien und Ägypten haben die Menschen jetzt die Gelegenheit, eine umfassende Demokratisierung ihrer Länder zu beginnen. Dazu sind jedoch viele Hindernisse zu überwinden. Die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten und die instabile Sicherheitslage können den Reformprozess nachhaltig stören. Auch haben in letzter Zeit Angriffe auf die christliche Minderheit zugenommen. Nach einem zweitägigen politischen Besuch in Kairo in der letzten Woche erklärte der Vorsitzende

der Unionsfraktion Volker Kauder: „Wenn der Wandel zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hier gelingt, kann Ägypten zu einem Schlüsselland für die Region werden.“

WEITERE THEMEN IM PLENUM:

- **Eckpunkte der Bundeswehrreform**
- **Änderung Stasi-Unterlagen-Gesetz**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

BESUCH AUS DEM WAHLKREIS:

40 Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrkräfte der Damm-Realschule Heilbronn waren für eine Woche nach Berlin gekommen, um sich mit der Geschichte der deutschen Hauptstadt und mit der Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie vertraut zu machen. Ein mit Hilfe des Büros von Thomas Strobl erstelltes Besuchsprogramm beinhaltete eine Besichtigung der Gedenkstätte Hohenschönhausen, den Berliner Dom und natürlich das Parlament, den Reichstag.

Hier kam es am Dienstag zu einem einstündigen Gespräch mit Thomas Strobls Berliner Büroleiter, der seinen Abgeordneten vertrat, weil dessen Anwesenheit in der zeitgleich stattfindenden Sitzung der CDU/CSU-Fraktion zwingend erforderlich war.

Neben Arbeitsweise und Alltag eines Volksvertreters interessierten die aufgeweckten Jugendlichen vor allem konkrete Aspekte der aktuellen Politik, z.B. die Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage. Auf Wunsch der Lehrer berichteten die kurz vor ihrem Abschluss stehenden Zehntklässler über ihre Jobwünsche und über ihre bisherigen Erfahrungen beim Bewerbungsschreiben. Tenor: Es erforderte Mühe, die sich aber auch lohnte. Nicht wenige der Schulabgänger haben bereits eine Ausbildungszusage in der Tasche, was die momentan beinahe komfortable Lage auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche beschreibt, die sich wohltuend von der Situation in anderen Bundesländern, ganz zu schweigen vom Ausland, etwa Spanien, abhebt.



Die Zufriedenheit der Jugendlichen mit ihrer eigenen Lage war denn auch beträchtlich. Allerdings konnten Teile der Schüler eine gewisse Skepsis nicht verbergen, ob es unter der neuen Landesregierung bei diesen günstigen Zahlen bleiben wird. Das ist in der Tat eine berechtigte Frage, deren Antwort in der Zukunft liegt und zu einer ersten Nagelprobe für Grün-Rot werden wird.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl/Peter Weiß:

Volle sozialrechtliche Absicherung von Absolventen der Dualen Hochschule ist sachgerecht (26.05.2011):

Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch beschlossen. In diesem ist eine Gesetzesänderung vorgesehen, die sicherstellt, dass Absolventen an praxisintegrierten dualen Studiengängen sozialversicherungsrechtlich wieder wie Berufstätige behandelt werden. Hierzu erklären die baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl und Peter Weiß:

„Es ist sachgerecht, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer an praxisintegrierten dualen Studiengängen wieder den vollen sozialversicherungsrechtlichen Schutz erhalten. Die geplante Gesetzesänderung ist für die Studierenden in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung, da das Land beim Konzept der Dualen Hochschule mit seiner praxisnahen Ausbildung bundesweit Vorreiter ist.

Das geltende Recht war bezüglich dieser neuartigen Ausbildungsform nicht hinreichend eindeutig. Daher hatte das Bundessozialgericht entschieden, dass der Personenkreis, der Beruf und Studium miteinander verbindet, nach dem Sozialversicherungsrecht nicht zum Beispiel zur Berufsausbildung Beschäftigten gleichzustellen ist, die voll abgesichert sind, sondern Studierenden ohne gleichzeitige Berufsausübung. Dieses hatte mit Wirkung vom Wintersemester 2010/11 auch zum Wegfall der bei Berufstätigen üblichen Ansprüche aus der Arbeitslosen- und Rentenversicherung geführt.

Mit der geplanten Änderung des Sozialgesetzbuchs schafft die Bundesregierung die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Sozialversicherungspflicht für diesen Personenkreis.“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132